

Seine nach an die um 5 Uhr angelegten Versammlungen wollten. In der Wilhelmstraße verjammelte sich ebenfalls eine Menge, aus deren Mitte hin und wieder der Ruf „Nieder mit der Regierung“ erklang. Die Regierung hatte für ausreichenden militärischen Schutz gesorgt. Auch das Corps Lettow-Vorbeck ist näher an Berlin herangehoben worden. Die zweite und dritte Marinebrigade sind einsatzbereit.

Wien feierte ebenfalls. Auf Drängen der Kommunisten haben die sozialistischen Kreisräte, entgegen einem ersten Beschluss, die Arbeit ruhen lassen, „aus Solidarität“, wie gesagt wurde, mit den Verbandssozialisten. Der Schutz ging hinten hinaus. Die Verbandssozialisten streiten nicht und in Wien streiten die Kommunisten tatsächlich aus Solidarität mit — den ungarischen, und russischen Bolschewisten...

(B. A. B.) Wien stand am 22. Juli im Zeichen des Generalstreites. Mit Ausnahme der Bäderläden und der Lebensmittelgeschäfte, die in den ersten Morgenstunden offen blieben, waren alle Geschäfte, Gasthäuser, Kaffeehäuser und Kaufläden durchwegs geschlossen. Auch der Verkehr der Straßenbahnen war vollkommen eingestellt. Die am Vormittag von der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei im Innern der Stadt und den Arbeitervierteln veranstalteten Versammlungen und Straßenzüge verliefen durchwegs ruhig.

Die Pariser Beratungen.

Paris, 22. Juli, ag. (Habas.) Der oberste Rat der Alliierten nahm Kenntnis vom Bericht der mit der Ausarbeitung des Vertrages mit Bulgarien betrauten Sonderkommission. Der persönliche Bericht Tittonis in dieser Angelegenheit ist noch nicht fertig gestellt. Der Rat summte grundfächlich der Ernennung von zwei viergliedrigen interalliierten Kommissionen zu, wovon die eine mit der Untersuchung der Ereignisse betraut ist, die die Landung griechischer Truppen in Anatolien verursachten, während die andere die Bevölkerung Oberschlesiens nach dessen Räumung von den deutschen Truppen prüfen soll, um dort das Plebiszit vorzubereiten. Der Rat beschloß die Überwachung der Ausführung der kolonialen Wirtschaftsaufgaben des Vertrages mit Deutschland an die wirtschaftlichen Sonderkommissionen für die kolonialen Mandate zu übertragen.

Die Enteignungsfrage in der Nationalversammlung.

Weimar, 21. Juli, ag. (Wolff.) Die Weiterberatung des Verfassungsentwurfes wird beim fünften Abschnitt der Grundrechte, Art. 148—169 fortgesetzt.

Wiederholter Sinsheimer, Sozialdemokrat, erläutert den Bericht über den Abschnitt. Artikel 148 gewährt im wesentlichen die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen und die Handels- und Gewerbefreiheit. Er wird in der Fassung des Entwurfes angenommen, ebenso Art. 149. Art. 150 gewährt das Eigentum. Enteignungen können auf gesetzlicher Grundlage gegen angemessene Entschädigung und zum Wohle der Allgemeinheit vorgenommen werden. Dazu liegt ein Antrag Heinze, deutsche Volkspartei, vor, bei Festsetzung der Höhe der Entschädigungsumme den Rechtsweg offen zu lassen, und ein Antrag Beheler, daß Enteignungen gegenüber Ländern, Gemeinden und Verbänden nur gegen Entschädigung vorgenommen werden können. Reichskommissär Preuß erklärt, daß eigentlich gegen die gerichtliche Entscheidung auf Festsetzung der Enteignungsumme nichts einzubringen sei. Der württembergische Finanzminister Mühlstein trat für die Annahme des Antrages Beheler im Namen sämlicher Einzelstaaten ein.

Der Antrag Heinze wird abgelehnt. Der Antrag Beheler wird angenommen. Art. 151,

der das Erbrecht gewährt, wird angenommen. Art. 152, der die Fideikommissionen aufheben und eine Verteilung und Nutzung des Bodens nach sozialen Grundsätzen durchführen will, wird unter Ablehnung verschiedener Anträge mit der Wiederholung angenommen, daß bei der Verteilung der Boden der Gesamtheit nutzbar zu machen ist. Eine Reihe weiterer Artikel wird in der Ausschaffung angenommen. Eine längere Debatte entspannt sich bei Artikel 162, der das Rätesystem behandelt. Dazu liegt eine Reihe von Anträgen aller Richtungen vor. Redner aller Parteien treten mehr oder weniger für das Rätesystem ein. Von Reichsarbeitsminister Schlie wurde die absolute Ausschaltung der Räte aus dem politischen Gebiete betont.

Wieder ein Putsch in den Rheinlanden

(Franz. Btg.) Wie aus Wiesbaden gemeldet wird, rechnet man dort mit einem neuen Putsch für die rheinische Republik. Seit Samstag ist der Telegraphenverkehr gesperrt. Dr. Porten hat sich eine Leibgarde von zunächst 30 Mann gebildet, die auf 100 Mann erhöht werden soll. Pineau hat den Wiesbadener Polizeipräsidenten ersucht, diese Leibgarde in die Schutzmannschaft aufzunehmen. Die Ein- und Ausreise-Erlaubnis wird nur in außerordentlichen Fällen gegeben und in den letzten Tagen sehr rigoros gehandhabt. Man behauptet, daß ein geheimer Regierungsrat verhaftet wurde, um Dr. Kötter Platz zu machen.

Kötter sei es auch gewesen, der die Franzosen auf Geheimrat Dröge aufmerksam gemacht habe, auf dem dann die Schriftstücke gefunden wurden, auf Grund derer Dr. Springer ins Gefängnis gewandert sei.

Wechsel auf dem schweizerischen Gesandtschaftsposten in Berlin.

Bern, 22. Juli, ag. (Mitgeleitet vom politischen Departement.) Dr. Philipp Mercier, schweizerischer Gesandter in Berlin, hat den Bundesrat gebeten, seinen Rücktritt am Ende September zu genehmigen. Der Bundesrat hat die Demission unter warmer Verabschiedung der von Herrn Mercier dem Lande geleisteten vorzüglichen Dienste angenommen und als seinen Nachfolger Herrn Minister Dr. A. von Planta gewählt.

Die Basler- u. Lausanner Mustermesse

Folgendes Abkommen wurde zwischen den Städten Basel und Lausanne getroffen: 1. In Lausanne werden nur Waren der Lebensmittelindustrie ausgestellt, sowie Artikel, welche die Landwirtschaft interessieren. Alle anderen Produkte oder Industrieerzeugnisse bleiben der schweizer. Mustermesse in Basel reserviert. 2. Aussteller der beiden Industriebanden, die für Lausanne reserviert sind, können mit Einwilligung des Lausanner Unternehmens in Basel ausstellen, wenn sie das absolut verlangen. Diejenen sollen indes im Katalog nicht in die Gruppe „Nahrungsmittel“ oder „Landwirtschaft“ aufgenommen werden, sondern in irgend einer anderen Gruppe. 3. Die Bezeichnung „Schweizerische Mustermesse“ bleibt ausschließlich für Basel reserviert. Das Lausanner Unternehmen soll die Bezeichnung „Schweizerische Lebensmittel- und Landwirtschaftsausstellung“ (Comptoir Suisse de l'alimentation et de l'agriculture) annehmen, um deutlich die Orientierung dieses Unternehmens klar zu legen. 4. Das Lausanner Unternehmen wird im Herbst abgehalten werden.

Die Brothkiste.

Das Eidgen. Ernährungsamt hat unter dem 21. Juli 1919 versügt, daß der Monat August 1919 die gegenwärtigen Brot- und Mehrtägungen beibehalten werden.

ich würde doch noch krabbeln, wie der Regenwurm.“

Und laut auslachend, schwankt sie, noch immer mit dem Hustenanfall kämpfend, aus dem Zimmer.

Kopfschütteln blickt Meister Wybrands ihr nach.

„Mein Junge, deine Schwester ist wirklich stark. Sehr stark sogar. Wenn sie nicht ihr rubelloses Leben, den Geschäftstrieb und alles, was drum und dran hängt, aufgibt — ich stehe für nichts.“

„So sag ihr's doch!“ erwidert Gunnar schielzudend. „Du siehst ja — sie kann nicht ohne eine Masse Menschen um sich herum existieren.“

„Sie ist schwer stark — ganz gewiß. Und nicht nur körperlich —“ brummt der Alte in sich hinein. Seine weiteren Gedanken verlieren sich in unverständlichem Gemurmel.

Auch Meister Wybrands und Gunnar haben den Speisesaal verlassen. Ebbas ist allein zurückgeblieben in dem großen, weiten Raum.

Sie fröstelt bis ins Herz hinunter. Ihr ist, als schauten die Ahnenbilder höhnisch auf sie herab, als wollten sie sagen:

„Was hast du hier zu suchen in den Gesellschaftsräumen der Heselgards? Wer bist du denn? Hat Gunnar ein Recht an dir, daß er die Gesellschaft seiner Schwester auf-

Ausland

Geld her!“ ag. (Franz. Btg.) Im Finanzausschuß des württembergischen Landtages machte Unterstaatssekretär Hitler Mitteilungen über die Vorschläge zu einer Erhöhung der Reichsposttarife. Diese Erhöhung soll 427 Millionen einbringen und zwar 327 Millionen auf der Post und 100 Millionen beim Telefon- und Telegraphenverkehr. Die erhöhten Gebühren sollen am 1. Oktober in Kraft treten. Auch im Postverkehr soll eine Gebührenerhöhung in Deutschland erfolgen wegen des Werkverhältnisses der deutschen Post und zwar werden 30 Pf. gleich 25 Cts. berechnet werden.

Wie der Finanzminister mitteilte, sollen die Eisenbahnen schon am 31. März 1920, also ein Jahr früher als vorgesehen war, an das Reich übergeben.

Lichnowsky bittet. Raibor, 22. Juli, ag. (Wolff.) Nach einer Meldung der oberösterreichischen „Volkszeitung“ hat der frühere Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, an Balfour ein Telegramm gerichtet, in dem er darum bittet, daß für die Kreise des Bezirkes Raibor, in welchem die Güter des Fürsten liegen, nachträglich auch die Volksabstimmung zugeschlagen werde.

Bolschewikrieg. London, 22. Juli, ag. (Habas.) Der Agentur Neuter wird aus Frankreich auf Geheimrat Dröge aufmerksam gemacht habe, auf dem dann die Schriftstücke gefunden wurden, auf Grund derer Dr. Springer ins Gefängnis gewandert sei.

Höller sei es auch gewesen, der die Franzosen auf Geheimrat Dröge aufmerksam gemacht habe, auf dem dann die Schriftstücke gefunden wurden, auf Grund derer Dr. Springer ins Gefängnis gewandert sei.

Die Shantungfrage. Rotterdam, 21. ds. ag. (Wolff.) Den „Nieuwe Rotterdamschen Courant“ zufolge sagte Senator Williams im amerikanischen Senat, Japan werde Shantung nicht preisgeben, wenn es nicht durch Krieg dazu gezwungen werde. Williams fragte: Wir sind bereit, unsere Flotte und unsere Truppen nach dem Süßen Ozean zu senden. Diese Erklärung Williams machte großen Eindruck, besonders da Williams ein begeisterter Parteidemanderer Wilsons ist und das Vertrauen des Präsidenten im hohen Maße genieht. Senator Vorah erklärte: Ich glaube nicht, daß es zum Kriege mit Japan kommen wird, ich bin jedoch überzeugt, daß das amerikanische Volk niemals bereit sein wird, diesen Vergleich zu unterzeichnen, um dadurch mitschuldig gemacht zu werden.

Die Shantungfrage. Rotterdam, 21. ds. ag. (Wolff.) Den „Nieuwe Rotterdamschen Courant“ zufolge sagte Senator Williams im amerikanischen Senat, Japan werde Shantung nicht preisgeben, wenn es nicht durch Krieg dazu gezwungen werde. Williams fragte: Wir sind bereit, unsere Flotte und unsere Truppen nach dem Süßen Ozean zu senden. Diese Erklärung Williams machte großen Eindruck, besonders da Williams ein begeisterter Parteidemanderer Wilsons ist und das Vertrauen des Präsidenten im hohen Maße genieht. Senator Vorah erklärte: Ich glaube nicht, daß es zum Kriege mit Japan kommen wird, ich bin jedoch überzeugt, daß das amerikanische Volk niemals bereit sein wird, diesen Vergleich zu unterzeichnen, um dadurch mitschuldig gemacht zu werden.

Herr S. Steinberg aus Russland, bestand die mündliche Doktorprüfung mit der Note „magna cum laude“ erhielt; die mündliche Prüfung wurde dagegen mit der Note „summa cum laude“ bestanden.

In der Staatswissenschaftlichen Abteilung der Juristischen Fakultät hat Dr. Paul Kirch-Burckhardt, aus Luxemburg, das Doktorexamen abgelegt. Seine Dissertation, die wie die mündliche Prüfung die Note „magna cum laude“ erhielt, ist betitelt: „Canada als Absatzmarkt der Produkte der Eisenindustrie.“

Herr S. Steinberg aus Russland, bestand die mündliche Doktorprüfung mit der Note „magna cum laude“. Seine Dissertation: „Der gewerblich-wirtschaftliche Betrieb“ erhielt die Note „cum laude“.

Das Valo.

Das Kollegium St. Michael nimmt mit diesem Jahre den alten Brauch, am Schlüsse des Schuljahres ein sogenanntes Valo zu veranstalten, wieder auf. Diese in Freiburg so beliebte Kundgebung der Kollegiumsstudenten wird heute abend seit 1914 zum ersten Mal wieder stattfinden. Der „Umgang“ ist dem die Studenten Baden und Lampions tragen werden, wird sich um 9 Uhr in der Volkesstraße in Bewegung setzen und wird durch die Remundgasse, Lautengasse, Steinerne Brücke, Chorherrengasse, Reichengasse, Alpenstraße, Boris gehen und auf dem Kollegiumsplatze enden. Vor dem Rathause werden Gefänge und Vorträge der Instrumentalmusik des Kollegiums geboten werden. Gleichzeitig wird Feuerwerk abgebrannt werden.

Für unsere Soldaten.

Die Militärdirektion teilt der „Liberie“ mit, daß sie, in Aussicht eines Staatsvertrages vom letzten Winter, die Verleihung einer Gedenkplakette an alle freiburgischen Soldaten vorbereitet. Dieses Gedenkzeichen enthält die Anzahl der Dienstage und wird vom Einheitskommandanten unterschrieben sein.

Zur Frage der Erinnerungsplakette für unsere verstorbenen Soldaten hat der Große Rat in Behandlung der Motion Reichens und Konstantin bereits Stellung genommen; die Hauptthese ist, daß wir uns ihrer erinnern und uns an diesem Beispiel der Pflichterfüllung und Ehre erbauen.

Jaun.

(Ting.) Beim Buchs seiner Bevölkerung abgetretene Ehre daraus genutzt zu entzangen. Aber zum vorherigen Abend erneut aufgerufen, um die Zahl der Vereine gegenwärtig zu bestimmen. Der Umgang ist dem die

Studenten Baden und Lampions tragen werden, wird sich um 9 Uhr in der Volkesstraße in Bewegung setzen und wird durch die Remundgasse, Lautengasse, Steinerne Brücke, Chorherrengasse, Reichengasse, Alpenstraße, Boris gehen und auf dem Kollegiumsplatze enden. Vor dem Rathause werden Gefänge und Vorträge der Instrumentalmusik des Kollegiums geboten werden. Gleichzeitig wird Feuerwerk abgebrannt werden.

Schweiz

Ja und aber. Bad Säckingen, 22. ds. ag. Eine hier abgehaltene aus dem ganzen Kanton besuchte öffentliche Volksversammlung bewilligte sich mehrheitlich zu folgender Resolution: „Die Volksversammlung begrüßt den Böllerbund. Sie kann aber dem vorliegenden Projekt nicht ohne Vorbehalt zuzstimmen und eracht die Bundesbehörden dringend, dahin zu wirken, daß die Selbstständigkeit und Neutralität unseres Landes besser gewahrt werden.“

Arbeitspflicht. ag. Eine öffentliche Versammlung in Zürich zur Besprechung der allgemeinen Arbeitspflicht, an der Professor L. Kübler, Nationalrat Professor Bürkli, Dr. Kämmerer und Privatdozent Dr. Suter teilnahmen, führte eine Resolution, wonin die allgemeine Arbeitspflicht als soziales Postulat betrachtet wird, dessen rasche Verwirklichung

erwartet wird.

Die Schweiz

Ja und aber. Bad Säckingen, 22. ds. ag. Eine hier abgehaltene aus dem ganzen Kanton besuchte öffentliche Volksversammlung bewilligte sich mehrheitlich zu folgender Resolution: „Die Volksversammlung begrüßt den Böllerbund. Sie kann aber dem vorliegenden Projekt nicht ohne Vorbehalt zuzstimmen und eracht die Bundesbehörden dringend, dahin zu wirken, daß die Selbstständigkeit und Neutralität unseres Landes besser gewahrt werden.“

Die Schweiz. ag. Eine hier abgehaltene aus dem ganzen Kanton besuchte öffentliche Volksversammlung bewilligte sich mehrheitlich zu folgender Resolution: „Die Volksversammlung begrüßt den Böllerbund. Sie kann aber dem vorliegenden Projekt nicht ohne Vorbehalt zuzstimmen und eracht die Bundesbehörden dringend, dahin zu wirken, daß die Selbstständigkeit und Neutralität unseres Landes besser gewahrt werden.“

Die Schweiz

Ja und aber. Bad Säckingen, 22. ds. ag. Eine hier abgehaltene aus dem ganzen Kanton besuchte öffentliche Volksversammlung bewilligte sich mehrheitlich zu folgender Resolution: „Die Volksversammlung begrüßt den Böllerbund. Sie kann aber dem vorliegenden Projekt nicht ohne Vorbehalt zuzstimmen und eracht die Bundesbehörden dringend, dahin zu wirken, daß die Selbstständigkeit und Neutralität unseres Landes besser gewahrt werden.“

Die Schweiz

Ja und aber. Bad Säckingen, 22. ds. ag. Eine hier abgehaltene aus dem ganzen Kanton besuchte öffentliche Volksversammlung bewilligte sich mehrheitlich zu folgender Resolution: „Die Volksversammlung begrüßt den Böllerbund. Sie kann aber dem vorliegenden Projekt nicht ohne Vorbehalt zuzstimmen und eracht die Bundesbehörden dringend, dahin zu wirken, daß die Selbstständigkeit und Neutralität unseres Landes besser gewahrt werden.“

Die Schweiz

Ja und aber. Bad Säckingen, 22. ds. ag. Eine hier abgehaltene aus dem ganzen Kanton besuchte öffentliche Volksversammlung bewilligte sich mehrheitlich zu folgender Resolution: „Die Volksversammlung begrüßt den Böllerbund. Sie kann aber dem vorliegenden Projekt nicht ohne Vorbehalt zuzstimmen und eracht die Bundesbehörden dringend, dahin zu wirken, daß die Selbstständigkeit und Neutralität unseres Landes besser gewahrt werden.“

Die Schweiz

Ja und aber. Bad Säckingen, 22. ds. ag. Eine hier abgehaltene aus dem ganzen Kanton besuchte öffentliche Volksversammlung bewilligte sich mehrheitlich zu folgender Resolution: „Die Volksversammlung begrüßt den Böllerbund. Sie kann aber dem vorliegenden Projekt nicht ohne Vorbehalt zuzstimmen und eracht die Bundesbehörden dringend, dahin zu wirken, daß die Selbstständigkeit und Neutralität unseres Landes besser gewahrt werden.“

Die Schweiz

Ja und aber. Bad Säckingen, 22. ds. ag. Eine hier abgehaltene aus dem ganzen Kanton besuchte öffentliche Volksversammlung bewilligte sich mehrheitlich zu folgender Resolution: „Die Volksversammlung begrüßt den Böllerbund. Sie kann aber dem vorliegenden Projekt nicht ohne Vorbehalt zuzstimmen und eracht die Bundesbehörden dringend, dahin zu wirken, daß die Selbstständigkeit und Neutralität unseres Landes besser gewahrt werden.“

Die Schweiz

Ja und aber. Bad Säckingen, 22. ds. ag. Eine hier abgehaltene aus dem ganzen Kanton besuchte öffentliche Volksversammlung bewilligte sich mehrheitlich zu folgender Resolution: „Die Volksversammlung begrüßt den Böllerbund. Sie kann aber dem vorliegenden Projekt nicht ohne Vorbehalt zuzstimmen und eracht die Bundesbehörden dringend, dahin zu wirken, daß die Selbstständigkeit und Neutralität unseres Landes besser gewahrt werden.“

Die Schweiz

Ja und aber. Bad Säckingen, 22. ds. ag. Eine hier abgehaltene aus dem ganzen Kanton besuchte öffentliche Volksversammlung bewilligte sich mehrheitlich zu folgender Resolution: „Die Volksversammlung begrüßt den Böllerbund. Sie kann aber dem vorliegenden Projekt nicht ohne Vorbehalt zuzstimmen und eracht die Bundesbehörden dringend, dahin zu wirken, daß die Selbstständigkeit und Neutralität unseres Landes besser gewahrt werden.“

Die Schweiz

Ja und aber.

esischer Reform gesetzert und an die umgesäumte Einigung der Arbeitsschicht verwirklichen.

dene Meldungen.

Juli. ag. (Havas.) Eine Blünderin griff eine englische Wege von Fort Sandefjord an und schossen Grenze an und über. Vier englische Offiziere bei Verletzt und etwa 100 verletzt oder verwundet. Der weiße Kanonen.

Juli. ag. (Wolff.) Der in Böblingen, Sohne, der Jungshaft saß, hat seinem Ende ein Ende gemacht. Er kann während des Krieges Pionierkompanie beschäftigt, planlose Zerstörungen haben. Er sollte zur Abseitung übergeführt werden.

n Freiburg

Daniel Murphy M. A., hat an der Philosophischen Doktorprüfung abgelegt auf Dissertation: «The Aristotelian Ethics, welche die Note „cum laude“ erhielt, ist bestellt: „Cum laude“

*
issenschaftlichen Abteilung der Fakultät hat Dr. Paul E. aus Lübeck, das Prädikat. Seine Dissertation, die Prüfung die Note „magna cum laude“, ist bestellt: „Cum laude“ ist der Probus der ehemaligen aus Russland, bestand Prüfung mit der Note „laude“. Seine Dissertation: „Wirtschaftliche Bedeutung der Note „cum laude“.

St. Michael nimmt mit diesen Brauch, am Schluß des sogenannten Balala zu veranstalten. Diese in Freiburg so bezeugt, der Kollegiumsstudenten seit 1914 zum ersten Mal. Der Untergang an dem die und Lampen tragen werden 9 Uhr in der Perollesstraße und wird durch die Neumünzgasse, Steinerne Brücke, Reichengasse, Alpenstraße, während Kollegiumsplatze enden. werden Gesänge und Vorstellungsmusik des Kollegiums. Ebenso wird Feuerwerk ab-

feuern.
tion teilt der „Liberté“ mit, Führung eines Staatsrätschen Winters, die Verleihung geht an alle freiburgischen Soldaten. Dieses Gebenzeichen entsteht Diensttage und wird kontinuierlich unterschrieben sein. Erinnerungsstiel für unsere Freunde hat der Große Rat in Sitzung Reichen und Konföderation genommen; die Hauptansprache ihrer erinnern und unsel der Pflichterfüllung und

der Liebe seien schriftlich. Sie waren bei dem Anblick des Geschrecks. Weshalb? ... Worte: „Niemals kann es einen Feind von Solingen geben.“ War Olaf's Vater nicht Freund? Ebba entzündet nun des kleinen Studenten roten Haar, der wiederholte mit Gunnar auf Schloß Weshalb also plötzlich die

Gelehrten genau zu lehnen, sie trocknen sonst mügt und böhrt. großer Zurückhaltung ihrer gegenüber versteckt sie nicht, sie seiner Sorge um ihren Sohn sie sich versteckt durch sie, und sie beschließt, sie zurückzugeben.

Die heutige Gebeide Geschwistern nahm, wie Bekleidung. Sie Christianer Gäste werden den Hintergrund bringen, nur der Gesellschaft Martin oben steht wird, sondern (Führung folgt)

Die Beerdigungsfeier von Bundesrichter Gottschek findet morgen, Donnerstag, in St. Gallus in Freiburg statt. Der Trauerzug geht um 9 Uhr 45 Min. vom Bahnhof weg.

Katholischer Arbeiterverein Plaßfeld.

Sonntag, den 20. Juli, hielt der katholische Arbeiterverein Plaßfeld seine Monatssammlung ab. Auf Einladung des Komitees sprach Dr. A. Remy über die Standevereinigung.

Einführend gab der Referent eine Orientierung über die Standevereinigung, in dem er feststellte, daß seit der Reformation die Lebensauschauung eines großen Teils der europäischen Bevölkerung von dem katholischen Prinzip des Toleranzgebäckens abwich und sich auf die Grundlage einer materialistischen Daseinsinstanz stellte und somit eine Umgruppierung der Stände in materieller Hinsicht erfolgte. Auf die schweizerischen und europäischen Verhältnisse eingehend bewies der Redner die Notwendigkeit der Standevereinigung.

Die Mittel und Wege der Standevereinigung sah der Redner einerseits in der Umwandlung des Polizeistaates zum Wohlfahrtsstaat und andererseits in der Zusammenarbeit aller Stände, vor allem aber der Verwirklichung des Programmes der konserватiven Volkspartei. Über die Arbeitervereine und ihre Stellungnahme zur Volkspartei sagte der Redner u. a.: „Die katholischen Arbeitervereine bewirkt ein Gebot der Zeit, nämlich den Zusammenschluß aller katholischer Arbeiter zwos Wahrung ihrer Interessen sowohl religiöser, geistiger als auch materieller Art. Die Verwirklichung ihrer politischen Ziele aber ist nur in der Konserivation, demnächst katholischen Volkspartei möglich und dies aus dem primären Grunde, daß die Katholiken der Schweiz politisch nur dann eine Macht besitzen, wenn sie stramm und geschlossen für ihre Position eintraten.“ Sein mit Beifall aufgenommenes Referat schließend, riefte Dr. Remy einen fröhlichen Appell an die Arbeiterschaft, ihrer Forderungen in und mittels der katholischen Volkspartei zur Verwirklichung zu verhelfen und unter keinen Umständen wegen Lohnfiktionen den gemeinsamen politischen Boden zu verlassen.

H. H. Pfarrer Schwab verband den Vortrag und unterstrich seinerseits den Standpunkt des Referenten. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles und einer ergiebigen Diskussion über die Stellungnahme der Arbeitervereine gegenüber der Volkspartei wurde einstimmig beschlossen, den Eintritt in den Kartellverbund zu verzögern, solange dieser seinen Zweck nicht präziser formuliert habe und so lange die Kartelleitung den Mitgliedern des Arbeitervereins die Mitgliedschaft bei der Volkspartei verbiete.

In der Absicht, die gerechten Forderungen im Sinne der Standevereinigung zur Verwirklichung zu bringen, wurde die schöne Versammlung geschlossen.

Jaun.

(Ging.) Lehren Sonntag hat Herr Staatsrat B. Buchs seiner Heimatgemeinde Jaun einen Besuch abgestattet. Die Jauner hätten sich eine Ehre daraus gemacht, ihren Mitbürger feierlich zu empfangen; zu unserem Bedauern hat er aber zum Voraus in einem Schreiben an den Gemeinderat auf einen offiziellen Empfang verzichtet, da er, wie er selbst betonte, kein äußeres Gepräge wollte. Sein erster Besuch galt dem H. H. Pfarrer; hierauf unterhielt er sich in der Wirtschaft zum Wasserfall mit H. Siegrist, Buchs, Ammann, Paul Buchs, Großrat und anderen Spitzen der Gemeinde. Mit einem Schlag wußte der neue Herr Staatsrat die Sympathien der Anwesenden zu erobern. p.

Schwere Gewitter im Oberland.

6 Kinder erschlagen.
Man telefoniert uns: Lehren Samstag ging ein schweres Gewitter mit Blitzschlag über die Gegend Schwäbisch-Gmünd und Schorndorf nieder. Auf der Alp Deschallies erschlug der Blitz sechs Kinder.

Im Plattenbichl wurden fünf Sieden vom Blitz getötet.
(Mitg.) Eine Ausstellung von Arbeiten der Technikumschüler wird ähnlich des Schuhfabriks im Technikumsgebäude veranstaltet. Sie wird dem Publikum zugänglich sein von heute 10 Uhr an bis morgen Mittag. Alle, die sich um diese Arbeiten interessieren, werden herzlich freudigst eingeladen.

Mittelkuse der Seniorenkasse vom 22. Juli 1919.
Mitteilung des Wechselclubs W. Gerber Schuhengasse 15, Freiburg.

Paris	80.85	Berlin	37.80
London	21.41	Wien	15.50
New-York, N.Y.	5.64½	Brüssel	28.—
New-York, N.Y.	5.62	Augsburg	38.—
Breslau	77.90	Göteborg	139.75
Italien	65.70	Christiansia	132.50
Spanien	104.50	Kopenhagen	129.26
Nederland	214.25	Copenhagen	28—

Lendenz russischer, sehr schwach für Kronen.

• Meiste Meldungen •

Mittwoch, 6 Uhr morgens.

Der Friedensvertrag vom englischen Unterhaus genehmigt

London, 22. Juli, ag. (Münster.) Das Unterhaus verwies die Motion Bottomich und nahm in zweiter Lesung einstimmig das Deutet über den Friedensvertrag an. Dieses wurde darauf in dritter Lesung mit 163 gegen 4 Stimmen angenommen. Das Haus erledigte dann in allen Lesungen mit einstimmiger Annahme das englisch-französische Abkommen.

Im Verlaufe der Verhandlungen im Unterhaus über den Friedensvertrag sagte Lloyd George, daß es seitens Frankreich verständlich sei, daß es in Beurteilung neuer deutscher Angriffe weiter vordringen werde. Das bedeutet kein Wiederholen der Kohlenförderung und des Weltmarkts.

In Bezug auf die Wiedergutmachungen sagte Lloyd George: Was die Bezahlung der Kriegsschäden betrifft, gibt es da jemanden, der annehmen kann, daß man die Bezahlung von 30.000 Millionen Pfund Sterling, die die Ausgaben des Krieges aller Alliierten bedeuten, fordern könnte? Die Sachverständigenkommission hat die Summe, die Deutschland bezahlen kann, ausgerechnet und ist bis an die höchste Grenze gegangen.

Es war nicht möglich für die Entschädigungen eine genau umgrenzte Summe festzusetzen, denn die Kriegsverhältnisse verteilten sich auf weite Gebiete und es ist noch nicht abschätzbar, was die Arbeitskräfte und die Materialien zur Wiederherstellung kosten werden. Wir haben es Deutschland überlassen eine Expertenkommision zu bestimmen und Frankreich innerst 4 Monaten einen Vorschlag zu machen, der von Frankreich angenommen werden wird, wenn er sich in vernünftigen Rahmen bewegt. Die Friedenskonferenz hat es unterlassen, ein neues Elsaß-Lothringen zu schaffen und es gibt nun nirgends mehr ein solches im Vertrage.

Wir können es nicht vermeiden, daß deutsche Elemente zu Polen kommen, ebenso wie, daß polnische bei Deutschland verbleiben. Das ist das Resultat der deutschen Politik, die da und dort kleine deutsche Kolonien anlegte mit dem Zwecke, Polen zu verpreisen.

Wir dürfen in einem Augenblitc der Angestellung die Früchte des Sieges nicht in Gefahr stellen. Diese sind uns gesichert, wenn Deutschland weiß, daß die Alliierten eine große Armee haben, die die Verwirklichung der Bedingungen erzwingen kann. Auf Jahreschluss dürfen wir eine genügend starke Armee von Freiwilligen haben, um unseren Bedürfnissen Genüge leisten zu können.

In Bezug auf die Aburteilung des deutschen Kaisers sagte der Ministerpräsident, daß der Krieg ein Verbrechen war, und daß der Urheber desselben bestraft werden muß. Das sind wir den höchsten Überlieferungen der englischen Gerechtigkeit schuldig.

Der Krieg macht viele alte Ungerechtigkeiten gut und wir glauben, daß er keine neuen schafft. Zum Schluß betont der Redner, daß er auf den Völkerbund hoffe, der alle Fehler, die sich im Krieg befreien könnten, unverkennbar machen könnte.

In der französischen Kammer.

Ein „Angriff“ auf das Ministerium.

Paris, 22. Juli, ag. (Havas.) Kammer. Die Tribünen sind überfüllt. Clemenceau und alle Minister sind anwesend. Deschanel fragt an, an welchem Tage die Kammer die Interpellation Fournier diskutieren möge. Clemenceau erklärt, daß die Regierung der Kammer zuerst die Begründung erläutern wird. Fournier begründet seine Interpellation. Er erinnert an die Sitzeung vom vergangenen Freitag und fragt den Ministerpräsidenten an, welche Bedeutung er der Tagessitzung Auguste beimisst.

Fournier stellt fest, daß Voret allein gekämpft hat, im Stich gelassen von seinen Kollegen, und daß indessen die Politik der ganzen Regierung auf dem Spiel gestanden habe. Die ministerielle Solidarität, sagte er, ist ein Dogma. Fournier erwirkt ein düsteres Bild von der wirtschaftlichen Lage und beurteilt sie von der Regierung eingeführten Maßnahmen als ungenügend. Der Redner fragt Clemenceau an, was er zu tun gedenkt, um die Wiederherstellung der Betriebe und die Wiederverwertung der verlassenen Gebiete zu erleichtern und was er in finanzieller Hinsicht tun werde. Dann wandte sich der Redner gegen die Berücksichtigung der Dienststellen der verschiedenen Ministerien. In Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten wünscht Fournier eine intensive Bündnispolitik mit Italien. Er schloß mit der Aussöhnung an die Kammer, zu sagen, ob sie annehmen will, daß die Fehler der Regierung die Früchte des Sieges gefährdet.

Der neue Versteigerungsmästher Rousens legt in seine Antwort die Wirtschaftspolitik der Regierung dar und erwähnt die für die Versorgung, namentlich mit Getreide und Zucker gebrachten Maßnahmen.

Rousens schloß mit der Erklärung, daß er unverblümt alle Spekulanten verfolgen und unmisslich gegen die seine Anordnungen nicht befolgenden Beamten vorgehen werde.

Handelsminister Clemenceau äußerte sich über die Zusammenarbeit der Alliierten. Er wies auf die Notwendigkeit hin, die Kontrolle des Getreides und des Zunders der ganzen Welt aufzuerhalten.

Loubet legte dar, daß die von den Rednern am Freitag zitierten Zahlen ungenau sind und daß das Leben in England und Belgien nicht weniger teuer als in Frankreich ist. Eine Billigung werde nur eintreten, wenn wir dank der Zusammenarbeit der Alliierten eine Verbesserung der Eisenbahnen gebracht haben.

Clemenceau erklärte, daß er nichts mehr wünsche als ausruhen zu können. Es werde es niemand überlassen, der gegen ihn stimme.

Die Priorität der Tagessitzung Charnier, welche jene Auguste wiederholt, wobei mit 272 gegen 181 Stimmen abgelehnt und die Abstimmung, welche die Erklärungen der Regierung bestätigt, mit 289 gegen 176 Stimmen angenommen.

Die Interpellation über die Demobilisation wurde mit 304 gegen 224 Stimmen bestätigt.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 22. Juli, ag. (Wolff.) Nationalversammlung. Die Beratung des Art. 18 der Verfassung wird in 2. Lesung fortgesetzt. Es liegt dazu ein Antrag Loebe (soz.) Trimborn (Betr.), Heile (dem.) vor, der verlangt, daß die Gebietsänderungen und die Neubildungen von Ländern innerhalb des Reiches die Zustimmung der beteiligten Länder unter Beihilfe durch Reichsgesetz erhalten. Stimmen die Länder nicht zu, so muß die Neubildung durch Reichsgesetz erfolgen. Eine Abstimmung erfolgt, wenn ein Drittel der Wahlberechtigten des abzutrennenden Gebietes dies verlangt.

Die Abstimmung muß mit mindestens drei Fünftel Mehrheit aller Stimmberechtigten erfolgen. Ein Streit über die Vermögensausmehrung der Gebiete wird durch den Staatsgerichtshof entschieden. Dr. Heinze (Deutsche Volksp.) und Genossen verlangen, daß bei mangelnder Zustimmung der Länder eine Neubildung oder Gebietsänderung erfolgen könne durch Reichsgesetz, wenn das Interesse des Reiches dies verlangt.

Die Verbindung mit Art. 18 werden die Art. 64 und 62 (Stimmrecht und Vertretung der Länder im Reichstag) behandelt.

Zu Art. 62 beantragt Loebe (soz.), daß weniger als eine Million Einwohner jährlende Länder nur dann zu einer Vertretung berechtigt sind, wenn durch Reichsgesetz anerkannt wird, daß überwiegende wirtschaftliche Gründe eine besondere Vertretung erfordern. In Art. 64 beantragen die Unabhängigen Frau Agnes und Genossen, daß die preußischen Stände nicht von den Provinzialverwaltungen, sondern von den Provinzlandtagen und zwar auf Grund des Reichstagswahlrechtes zu wählen seien.

Abg. Spahn (Centrum): Wir glauben in dem vorliegenden Kompromißtrag den Vorwurf zu einer Verhinderung gefunden zu haben. Berechtigten Wünschen nach Neubildungen muss der Weg geöffnet werden. Ebenso nachdrücklich ist aber wilden Staatenbildungen in den Weg zu treten. In der rheinischen Frage muß namentlich die Schwierigkeit der preußischen Regierung aufgehoben werden.

Abg. Fall (Dem.): Die Loslösung des Rheinlandes von Preußen in diesem Augenblick würde die Loslösung vom Reich überhaupt bedeuten. Ein anderer Ansatz sprang aus dem ca. 5 Meter hoch liegenden Fenster in den Garten hinunter und kam mit unbekümmerten Verletzungen davon. Der unbekümmerte Familie Holzenberger ist alles verbrannt und nichts davon verschont. Die Brandursache ist unbekannt.

Vereinigte Meldungen.

Wiesbaden, 22. Juli, ag. (Havas.) Zum Brandungsfeld von Matten vernommen wir noch folgendes: Die Familie Holzenberger bewohnte den mittleren Teil des Hauses. Im sogenannten „Gaden“ schliefen zwei Kinder, und ein Mädchen; im unteren Stock die Mutter mit ihren drei Kindern. Der Vater liegt stark im Spital. Die Mutter konnte mit drei Kindern knapp das nackte Leben retten, während von den drei anderen Kindern zwei den Ausgang nicht mehr fanden und in den Flammen ebenfalls umkamen. Ein anderer Ansatz sprang aus dem ca. 5 Meter hoch liegenden Fenster in den Garten hinunter und kam mit unbekümmerten Verletzungen davon.

Madrid, 22. Juli, ag. (Havas.) Im Laufe einer Ministerratssitzung ist der Verfassungsmünster Moctezuma plötzlich verschwunden.

Cambrai, 22. Juli, ag. (Havas.) Hier töte eine explodierende Mine 12 Personen, darunter 6 deutsche Internierte. Zwei Gefangene wurden verletzt.

Berlin, 22. Juli, ag. (Wolff.) Heute ist die Deutschland-Gruppe zu 80% im Ausstand. Es sind noch mehrere andere Gruppen. Belg. 22. Juli, ag. Seit einigen Tagen kommt über den Simplon amerikanische, von den S. S. B. B. angekauften Schafe herein.

gen will sie nicht nur auf die nächsten 15 Jahre befristet, sondern für immer gültig. Redner des Zentrums, der Deutschen Nationalen, der deutschen Volkspartei und der Demokraten erklärten diese Bestimmung für ein Aushandlung.

Der Vorschlag der U.-Sozialisten, daß Mitglieder der Familien, die 1918 in Deutschland regiert haben, für immer von der Reichspräsidentenschaft ausgeschlossen sein sollen, wurde angenommen, dagegen Art. 167, nach dem die Post- und Telegraphenverwaltungen Bayerns und Württembergs im Wege der Verhandlung bis 1. April 1921 auf das Reich übergeben sollen. Wenn bis 1. Oktober 1920 keine Vereinbarung erfolgt ist, soll durch Reichsgesetz über die Übergebungsbestimmungen und durch Reichsgericht über die Entschädigung entschieden werden. Die gleiche Bestimmung wird für das Eisenbahnen getroffen.

Der Vorschlag, ein Antrag Haussmann, Demokrat, angenommen, daß die Aufhebung der Dienst- und Ehrenzeichen für die Kriegsgefechte von 1914–19 keine Gültigkeit haben soll.

Bis zum Zusammentritt des Reichstages gilt die Nationalversammlung als Reichstag, und der Reichspräsident bleibt auf seinem Posten. Ein bestimmter Termin wurde nicht festgestellt.

